

Einzelpreis 30.000 Mk.

Bezugspreis monatlich:
In der Geschäftsstelle 650.000 Mk. pol.
Durch Zeitungsboten 700.000
die Post 700.000
Ausland 900.000
Draht 175.000
Redaktion und Geschäftsstelle:
Lobz, Petrikauer Straße Nr. 86.
Telephon Nr. 6-86.
Postfachkonto 60.689.
Honorare werden nur nach vorheriger
Vereinbarung bezahlt. Unverlangt ein-
geschickte Manuskripte werden nicht auf-
bewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Volrau.

Erhalten mit Ausnahme der nach
Feiertagen folgenden Tage frühmorgens
Anzeigenpreise:
Die 7-gesp. Millimeterzeile 6000 Mk. pol.
Die 3-gesp. Reklamezeile (Min. 20000
Eingelands im lokalen Teile 4 000
für Arbeitsjünglinge besondere Vergütun-
gen. Anzeigen an Sonn- und
Feiertagen werden mit 25 Prozent be-
rechnet, Auslandsinhalte 50% Zuschlag
Bei Betriebsstörung durch höhere Ge-
walt, Arbeitsniederlegung, Schließung
der Zeitung oder Aussperrung hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Nach-
lieferung der Zeitung oder Rückzahlung
des Bezugspreises.

Nr. 145.

Lobz, Freitag, den 9. November 1923.

1. Jahrgang.

Aufmarsch der Nationalisten in Deutschland.

Putsch der Nationalisten in München. — Die Stellung Stresemanns erschüttert.

München, 8. November. (Pat.) Heute um 8 Uhr 40 Min. erschienen vor dem Bräuhaus, in dem Generalkommissar Kahr eine Versammlung abhielt, zwei Lastautos mit bewaffneten Nationalsozialisten, die sämtliche Ausgänge mit Posten besetzten und die Straßen absperreten. Um 10 Uhr 15 Min., als Kahr seine Rede beendet hatte, drang Hitler an der Spitze von 600 Bewaffneten in den Saal ein und verkündete die Absetzung der gegenwärtigen bayrischen Regierung. Gleichzeitig gab er die Zusammensetzung der neuen Regierung bekannt, die sich wie folgt darstellt: Staatschef — ehemaliger Polizeipräsident Pöhner, Landesoberbefehlshaber — General Ludendorff, Landesverteidigungsminister — General Lossow, Leiter der Politik — Hitler und Polizeiminister — Polizeichef Seiper. Das Bräuhausgebäude ist weiterhin von den Abteilungen Hitlers umgeben. Gegenwärtig marschieren die Sturmtruppen „Oberland“ und „Reichsflagge“ in München ein und besetzen verschiedene Punkte der Stadt. Der Standpunkt der Reichswehr ist noch unbekannt. Wie verlautet, soll sie mit den Abteilungen Hitlers Waffenbrüderschaft schließen.

München, 8. November. (Pat.) Die in Nordbayern verammelten nationalen Verbände haben an Generalkommissar Kahr ein Telegramm gerichtet, in dem sie von ihm verlangen, daß er den Befehl zum Aufmarsch auf Berlin erteile.

Berlin, 8. November. (A. M.) Die Regierungskrise in Deutschland hält unverändert weiter an. Die Zentrumsparteien können sich zu keiner Kapitulation vor dem Nationalismus entschließen. Der Reichslangler verfügt nicht nur über keine Mehrheit, sondern auch die eigene Partei hat er nicht mehr hinter sich.

Berlin, 8. November. (A. M.) Die parlamentarisch-politische Lage ist bis jetzt noch nicht geklärt. Die parlamentarischen Kräfte beraten ununterbrochen, aber ohne irgendwelchen Erfolg. Die bürgerlichen Parteien haben die Absicht, die Eröffnung des Reichstages für die nächste Zeit durchzusetzen.

Berlin, 8. November. (Pat.) In parlamentarischen Kreisen geht das Gerücht um, daß der Führer der Nationalisten Herrgott Reichslangler Stresemann offen erklärt habe, daß die Reichswehr die Bildung eines nationalsozialistischen Kabinetts verlange und daß sie, sofern Stresemann nicht freiwillig in nächster Zeit zurücktritt, ihn mit Gewalt absetzen werde. Nach Ansicht des „Vorwärts“ kauft Stresemann von Tag zu Tag seinen Einfluß auf die eigene Partei ein. Als seine Nachfolger werden der Abgeordnete Heinke von der Volkspartei und Scholz angesehen. Die Hauptleitung der bayrischen Volkspartei hat an ihre Organisationen ein Telegramm gerichtet, in dem sie erklärt, daß von einer Teilnahme der Partei in der Regierung Stresemann keine Rede sein könne. Das Präsidium der Organisationskommission des deutschen Arbeiterverbandes hat sich gleichfalls, gegen das Kabinett ausgesprochen. Weiter bemerkt der „Vorwärts“, daß General Lossow in einem Gespräch mit einem Mitglied des Reichstages erklärt habe, es sei notwendig, daß die Regierung Kahr's Einfluß auf ganz Deutschland gewinne. Die nationalsozialistische Regierung werde mit dem Augenblick, da sie zur Macht gelange, Frankreich den Krieg erklären, und dann werde die ganze Welt Deutschland zu Hilfe eilen. Und die nationalsozialistische „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Wenn die Nationalisten weiterhin von einer Teilnahme an der Regierung Stresemann ferngehalten werden sollten, dann werden sie auf dem Wege der Gewalt die gegenwärtige Regierung beseitigen.“ Weiter wird berichtet, daß innerhalb der Zentrumsparteien sich ein entscheidender Kampf nach rechts bemerkbar mache.

Wien, 8. November. (Pat.) Die „Neue Freie Presse“ berichtet aus Berlin: Innerhalb der deutschen nationalen Partei lassen sich zwei Strömungen feststellen. Die erste, an deren Spitze Helfferich und Harbighien, will ein Kabinett der Rechten mit parlamentarischen Mitteln bilden. Die zweite Gruppe unter Führung des Grafen Westarp dagegen wünscht eine außerparlamentarische Diktatur. In autoritärer Kreislage läßt sich eine gewisse Resonanz gegenüber dem Vorbringen der Rechten bemerken, die sich zur Macht aufschwingt.

Berlin, 8. November. (Pat.) Gestern Abend ist es in verschiedenen Stadtteilen zu neuerlichen kleinen Zwischenfällen gekommen.

Zusammenarbeit der Rechtskonservativen in Ungarn, Österreich und Bayern.

Ausführerregende Enthüllungen in Budapest
Budapest, 8. November. (Pat.) Die Polizei verhaftete den rechtsradikalen Abgeordneten Ujjan, der nach Bayern begeben wollte, ferner den Redakteur der Zeitschrift „America“, Jng. Titus Bogul und Dr. Schemera Bel, der Redakteur einer nationalsozialistischen Zeitung war. Gestern Abend wurde das polizeiliche Untersuchungsverfahren in der Angelegenheit Ujjan abgeschlossen. Es wurde festgestellt, daß Ujjan eine Anzahl weitverbreiteter Verschwörungen organisierte, um einen Umsturz in Ungarn herbeizuführen und die Staatsgewalt an sich zu reißen. Zu diesem Zwecke hatte er ein Abkommen mit Hitler (I) und dem österreichischen Salenkreuzerbund abgeschlossen. Die Polizei ist jetzt im Besitze eines Planes über den beabsichtigten Staatsstreich, der bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet war. Der Putsch sollte zugleich in München, in Wien und in Budapest zur Ausführung gelangen. (Nam. d. Schriftl.: Der Putsch in München ist nunmehr, wie oben gemeldet wird vollendete Tatsache geworden.)

„Wer Wind säet, wird Sturm ernten!“

Frankreich in Zittern und Bangen.

Paris, 8. November. (Pat.) Die gegenwärtige innere Lage in Deutschland und die Möglichkeit einer Verständigung der Militärabteilung, in deren Programm bekanntlich die Beseitigung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Entstellung der Reparationsleistungen und nicht zuletzt die Vorbereitung eines Nachkrieges steht, erwidert in Frankreich erste Beunruhigung. Die französische Regierung hat Dr. Stresemann in Kenntnis gesetzt, daß sie, obwohl sie sich nicht in die innerdeutschen Verhältnisse mischen wolle, sie doch dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß in Deutschland eine Konsolidierung der demokratischen Verfassung eintreten möge, die die beste Garantie für den Frieden in Europa abgibt (und die Frankreich der Ausplünderung Deutschlands wohl schmerzlich etwas in den Weg legen dürfte. — Die Schriftl.)

Poincaré's Handfesseln für die Sachverständigen.

Paris, 8. November. (Pat.) Poincaré richtete an den französischen Botschafter in Washington eine Note, die nachträgliche Instruktionen in Sachen der geplanten Einberufung der Sachverständigenkonferenz enthält. Wie der „Temps“ berichtet, erklärt Poincaré in dieser Note, daß bis zur Klärung der Lage in Deutschland nur die derzeitige Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgestellt werden könne. Änderungen in den Reparationszahlungen könnten den Versailler Vertrag zufolge nur mit Einverständnis der Mitglieder der Reparationskommission erfolgen. Die Sachverständigen werden die Reichtümer des Ruhrreviers abschätzen können, keinesfalls aber die Frage der Gefährlichkeit der Ruhrbesetzung (I), der Tätigkeit der Besatzungsbehörden (II), sowie die Frage der Gefährlichkeit der im besetzten Gebiet abgeklärten oder zum Abschluß gelangenden Solawerträge (I) unterzogen dürfen.

Die Krakauer Kraftprobe.

Für den gestrigen Tag — so schreibt der Warschauer „Kurjer Poranny“ in seiner Mittwochsausgabe — tragen vor allem die parlamentarischen Führer der Diastengruppe eine schwere Verantwortung, die es auf ihr Gewissen nahmen, eine Regierung der Reaktion zu erhalten, welche den Staat zum wirtschaftlichen sozialen und politischen Ruin führt. Sie sind nicht nur verantwortlich für das Blut, das vergossen wurde, das Blut der Arbeiter und Soldaten, die in Krakau, Tarnobrod und in Bochnia im Bürgerkampf gegeneinander geworfen wurden; sie sind auch verantwortlich für den schmerzlichen Zusammenbruch der Autorität der Staatsgewalt unter den düsteren Folgen dieser „Kraftprobe“. Der Staatsgewalt haben die traurigen Krakauer Vorfälle eine Lehre erteilt, woran sie wohl lange denken werden.

Der gestrige Tag hat in äußerster drohender Form die offenkundige Wahrheit bewiesen, daß man in Polen niemals mit Faust und Waffengewalt regieren konnte, man um so weniger in den heutigen Tagen davon träumen darf. Eine Verformung der Methoden eines Janus des Branikow, Nikolai I. Lenin, Cromwell, Robespierre oder auch Mussolini oder Primo de Rivera auf den republikanischen Boden Polens ist vorweg zu einem tragischen Ergebnis verurteilt — tragisch sowohl für den Staat wie auch für diejenigen, die sich zu einem derart wahnsinnigen Experiment verleiten lassen würden. Polen kann nur als eine auf das Recht gestützte Freiheitsorganisation bestehen. Diejenigen, die durch den Willen des Volkes zur Regierung berufen werden, können nur Hüter dieses Rechtes und dieser Freiheit sein und können nur soweit auf Unterdrückung, auf Gehör und auf moralische Autorität setzen, wie das Wesen der Gesellschaft rechtfertigt, soweit sie ihre Pflicht gewissenhaft und peinlich im Namen des Volksgesetzes erfüllen.

Die Abberufung des Krakauer Wojewoden Gallecki und des Generals Gattiel bedeutet zweifellos kein Nachgeben der Regierung, es ist dies vielmehr eine natürliche Konsequenz des Schabens, den die Anordnungen dieser Herren der Autorität des Staates mittelbar zugesetzt haben. Diese Abberufungen müßten eine große Lehre sein für die nachgeordneten Organe der gegenwärtigen Regierung. Die von den Regierungsparteien betriebene Politik, ja selbst die Doktrinen und die Demagogie der einzelnen Regierungsmitglieder können keine Fingerzeige bieten für diese Organe, die stets und überall nur die Vollzieher des Gesetzes, und nichts weiter als das Gesetz, sein müssen. Sie müssen sich dessen bewußt sein, daß sie für die Wahl ihrer Aktionsmittel, für die Abschätzung der Notwendigkeit und des Erfolges derselben, persönlich verantwortlich und daß sie nicht darauf rechnen dürfen, daß die Berufung auf politisch-parteiliche Theorien der zeitweiligen parlamentarischen obersten Gewalt diese ihre Verantwortlichkeit in irgend einer Weise vermindern oder abschwächen.

Die Republik kann heute eine Regierung dieser Partei, morgen eine einer anderen Partei am Ruder haben. Dies soll aussergewöhnlichen Beamten, die im Interesse des Staates nicht aber in dem der Regierung tätig sind, nicht viel angehen. Diejenigen, die um jeden Preis Anerkennung bei der am Ruder befindlichen Regierung suchen, vergebend, daß überlebender Pflichten nicht nur den Staat schädigen, sondern sogar das Ansehen der Obrigkeit erschüttern kann, deren Vertreter sie sind — erfüllen ihre Pflicht schlecht.

Ein republikanischer Staat kann schließlich eine kürzere oder längere Regierung von Parteiministern ertragen — parteiliche Wojewoden oder Starosten, parteiliche Polizeikommissare, parteiliche Diplomaten, Generale oder Offiziere aber kann er schon unter seinen Umständen verbauden. Die Krakauer Vorfälle haben aber allen Zweifel beseitigt, wieviel Schaden eine kaisersonnige Desorganisation der Bürokratie und des Offizierskorps brachte, die nicht die rechten Leute an den rechten Ort setzte. Der Rücktritt erledigt indes noch nicht alles.

Das Wichtigste im Blatt:

Offizieller Dollarkurs = 1.750.000 poln. Mark.
Aufmarsch der Nationalisten in Deutschland.
Zusammenarbeit der Rechtskonservativen in Ungarn, Österreich und Bayern.
Die Krakauer Kraftprobe. (Beitragst.)
Poincaré's Handfesseln für die Sachverständigen.
Frankreichs Zittern vor dem Gespenst eines Nachkrieges

Für die Handlungen ihrer Untergebenen hören jedoch nicht auf zu verantworten diejenigen, die diese Untergebenen leiten. Soweit es sich um das Militär handelt, kann man noch nicht vergessen, daß der Führer und Organisator des Krakauer Bajonet gerade der General war, der gegenwärtig das Amt des Kriegsministers innehat. Was die Zivilbehörde anlangt, so kann man es nur schwer begreifen, wie diese in so kritischen Tagen ohne genaueste Instruktionen von Seiten der Zentralbehörde belassen werden konnte, welche schwere sich doch wohl Rechenschaft geben mußte über den ganzen Ernst des Augenblicks.

Die Parlamentsmehrheit wird ihre Minister sicherlich von der Schuld freisprechen. Das Urteil der Öffentlichkeit jedoch kann dies nicht tun.

Zu den Ereignissen in Krakau.

Vorgestern nacht verhaftete die Krakauer Polizei den Sohn des Abg. Daszynski und den Sohn des Abg. Bobrowski, bei denen Waffen vorgefunden wurden. Gleichzeitig wurden 14 Personen, darunter der Eisenbahner Wujcik, festgenommen, der Munition unter den Arbeitern verteilte.

Krakau, 8. November. (W. B.) Ein am 1. Oktober Kommando 6 befragt, daß hier vollständige Ruhe eingetreten sei. Die während der Straßenkämpfe geraubten Waffen sind, wie auch das Kanonier, den Arbeitern abgenommen worden. Die Abteilungen der Arbeitermilitz wurden durch die Polizei ersetzt. Die Beerdigung der Toten wird am Freitag stattfinden. Deren Zahl hat sich um einen Mann vergrößert, der im Spital seinen Wunden erlegen ist. Innenminister Rymkiewicz hat angeordnet, daß am Freitag auf sämtlichen Regierungsgebäuden die Fahnen auf Halbmast gehißt sein sollen. Der Staatspräsident hat zu dem Verhältnis seinen Vertreter entsandt, der in seinem Namen auf jedem Orte einen Kranz niederlegen wird. Während der Beerdigung selbst wird eine Batterie drei Ehrensalven abfeuern.

Krakau, 8. November. (Kat.) Unterstaatssekretär Olpiniski hat einen Aufruf erlassen, in dem alle Personen in Krakau und Umgebung, die im Besitz von Waffen sind aufgefordert werden, diese in der Polizeikommandantur abzuliefern. Zuwiderhandelnde werden zur strengen Verantwortung gezogen werden.

Krakau, 8. November. (Kat.) Wie der „Głos Narodu“ berichtet, ist heute hier der Staatsanwalt am Obersten Gerichtshof, Konbratowicz, mit allen Vollmachten eingetroffen, um die Untersuchung in Angelegenheit der letzten Wahlen zu führen.

Katowice, 8. November. (Kat.) Entgegen den Blättermeldungen von einer angeblichen Waffenerlegung des Katowitzer Infanterieregiments bei den Unruhen in Krakau muß bemerkt werden, daß diese nicht auf Wahrheit beruhen. Wie amtlich festgestellt wurde, war die Katowitzer Infanterie überhaupt nicht in Krakau.

Warschau, 8. November. (Kat.) Heute fand hier eine Franzesierung des Ministerrats statt, auf der Ministerpräsident Witos eine Rede hielt. In dem gleichen Tage hat der Ministerpräsident an den General Jędrzejowski in Krakau eine Denkschrift gerichtet, in der er ihn ersucht, den Familienangehörigen der Gefallenen sein Beileid auszudrücken. Desgleichen wurde dem 8. Infanterieregiment ein Beileidsgramm übersandt.

Warschau, 8. November. (Kat.) In der Sitzung der Sejmkommission für Gesetzesfragen erörterte Kriegsminister Sygiński über die Krakauer Vorfälle Bericht, der hervorhob, daß aus dem „französischen“ Hotel auf das Militär geschossen wurde, daß ferner das 8. Infanterieregiment mit Feuerwaffen ausgestattet wurde und daß man sich an den auf der Erde liegenden verwunden Soldaten durch Messerstiche in den Kopf gezwängt habe. Nach den Ausführungen des Ministers entsand sich eine lebhaft Diskussion, nach deren Schluß mit 16 gegen 11 Stimmen eine Entschließung angenommen wurde, in der die Regierung und besonders der Kriegsminister aufgefordert werden, eine strenge Untersuchung in Sachen des empörenden Krakauer Verbrechens durchzuführen und die Schuldigen mit Rücksicht auf die Sicherheit der Republik und die Ehre ihrer Armee zu bestrafen. Außerdem beschloß die Kommission, die Gefallenen durch Kränze zu ehren und eine besondere Abordnung zum Begräbnis zu entsenden.

Standgerichte in Borslaw.

Im Zusammenhang mit der gespannten Streiklage und den in Borslaw stattgefundenen Unruhen ist dort der Ausnahmezustand verhängt worden. Die Militärbehörden haben Standgerichte eingesetzt. In Borslaw ist ein Regiment Kavallerie eingetroffen. Die Arbeiter des gesamten Kupferbezirks verhorren weiter im Ausnahmezustand.

Aufreizung zu faschistischen Maßnahmen.

Im „Kurier Warszawski“ schreibt der Abg. Rabiski anlässlich der Vorfälle der letzten Tage: „Der italienische Faschismus zeigt, wie man die Hydra der Anarchie ausrottet. Polen will sich ohne „schwarze Hemden“ (Faschisten) der Felle der Regierung entledigen. Aber im Falle der Not stehen Millionen von Schwarzhemden mit uns auf den Straßen des Vaterlandes.“

Der Staatshaushaltsplan und die Sejm-Opposition.

In der letzten Sitzung des Sejms wurde der vom Finanzminister dem Parlament unterbreitete Staatshaushaltsplan in überaus starker Weise kritisiert. Von den Hauptgegnern der Opposition waren wir im Nachhinein von die Ansprachen des Abg. Rudzinski (Wyzymowice) und Sulawski (P. P. S.) im Auszuge wiedergegeben.

Abg. Rudzinski sagte u. a. aus: „In der unangenehmsten Lage befinden wir uns mit diesem unvollständigen Staatshaushaltsplan. Die fünfmonatige Regierung der „nationalen Mehrheit“ hat der schwerste Zeitraum, den der Staat durchgemacht hat. Die sozialen Verhältnisse sind bis zum Äußersten erschüttert. Die Regierung, gegen welche eine Mehrheit der Bevölkerung ist, ist nicht zurückgetreten, sondern hat sich, rekonstruiert und Polen zu dem gemacht, was es heute ist.“

Der Finanzminister unterbreitete uns einen Staatshaushaltsplan ohne Politik an. Durch welches Wunder hat er dieses Kunststück fertiggebracht? (Eine Stürmung von links: durch Verzug!) Polen, das den ärmsten Staatsschatz besitzt, der eine Sabotage des Landes durch die heftigen Reisen durchmacht, hat größere Einnahmen als Ausgaben?

Im Augenblick von Streiks im ganzen Lande unterbreitet der Finanzminister ein gefälliges und erlogenes Budget und ist in der Bevölkerung so in die Augen. Der Minister ist sich vor, daß er es nicht nötig haben wird, die ausländischen Anleihen und die Zinsen dafür zu bezahlen, wodurch er 35 Millionen poln. Gulden ersparen werde. Ohne das Gerede ständischer betriebsförmigen Staaten setzt er ein Franc-Monopoli in für Polen ein, und entwirft es, wie Herr Ceyda es entwirft hat.

In den Ausgaben vergrößert der Minister die Gesez an, die herabgesetzt werden müssen, so z. B. das Gesetz über die Ruhegehälter und über die Besoldung der Staatsbeamten in den Einnahmen aber steht er sich auf Einnahmen, die der Sejm noch nicht bewilligt hat. Das ist ein Haushaltsplan — nichts, als ein Versuch, die Allgemeinheit zu täuschen.

Wenn wir die einzelnen Posten des Haushaltsplans durchgehen, so muß festgestellt werden, daß die Politik der gegenwärtigen Regierung einen Versuch auf den Ausbruch der Demokratie des polnischen Staates darstellt. Von den für Unerschwingliche bestimmten Einnahmen wurden 32 Prozent erfüllt; 40 Prozent wurde dem Ministerium für öffentliche Arbeiten gestrichen, was der fast völligen Einstellung des Wiederaufbaus des Landes gleichkommt. 57 Prozent werden aus dem Haushalt des Arbeitsministeriums gestrichen. Das Gesundheitsministerium wird ganz aufgehoben und 60 Prozent des Budgets gestrichen werden. Auch 10 Prozent der Ausgaben für Wohnungswesen werden gestrichen; ferner 13 Millionen Gulden, die für Eisenbahnprojekte bestimmt waren — entzogen den Gütern des Staates. Überdies werden die Ausgaben des Finanzministeriums um 63 Millionen vermindert, obwohl das Finanzwesen Polens auch so schon auf der niedrigen Stufe steht.

Es gibt in Polen eine Disziplin, „Einkaufsm“, die die letzten letzten staatlichen Kollergelien gepachtet hat. In ihrer Spitze steht ein Korps, der die jüdische Partei Professor Bort und ein Vertreter der hebräer Franz Rinderbrun. Obwohl Rinderbrun Abgeordneter ist, bezieht er sich an der Recht staatlichen Eigentums, nach der Konstitution mitemporch. Diese Geheißt umfasst fast die Hälfte der gesamten Produktionskosten und distilliert die Kohlenpreise. Wir sind zu dem Zustand gelangt, daß die Bergarbeiterbezüge kaum 30—40 Prozent der Vergütung betragen, während die Kohlenpreise dreimal höher sind als vor den Streiks. Auf solche Weise distilliert „Einkaufsm“ und die übrigen Kohlenbezugs die Bedingungen unserer Wirtschaftspolitik und haben Polen aus dem Uebelstand zu der Korruption noch zum Welterminister und zum Leiter des Wirtschaftsausschusses des Ministerrats ernannt, daß Polen ohne jeden Vorbehalt eine Welle der kapitalistischen und Großgrundbesitzerherrschaften wird.

Diese Großgrundbesitzer sind ein zweiter Parasit auf dem Körper Polens.

Um die Emissionskraft zu schaffen, leitet Herr Rudzinski Verhandlungen mit den Industriellen und den Großgrundbesitzern ein. Vorhabt? Damit sie das zu bezahlen belassen, was dem Staate von ihnen kommt. Sie entschlossen sich auch, gewisse Summen zu bezahlen, mit dieser patriotischen Geste machen sie jedoch ein ganz gutes Geschäft.

Herr Sulawski führte etwa folgendes aus: „Als einen der Vorfälle des Budgets hob der Finanzminister hervor als auch der Redner der Wichtigkeit hervor, daß es zu dem von der Verfassung vorgeschriebenen Termin vorgelegt wurde. Ich verstehe nicht, was hier der besondere Vorzug sein soll. In keinem Staate würde es einem Minister einfallen, diesen Grund zu unterbreiten. Man braucht sich aber schließlich nicht zu sehr zu wundern, die Regierung, die die Konstitution kaputt bricht, die die Verfassungen der Verfassung mit Plut beschützt, läßt sofort, wenn sie zum ersten Mal Gelegenheit hat, die Verfassung zu verletzen, daß das ganze Reich es hören konnte: „Seht her, wir haben einmal die Konstitution geplatzt!“

Sehr wurde diese arme Konstitution zu bringen, und zwar auf ganz schändliche Weise. Die Verfassung sagt

„Es und deutlich, daß zu Ende Oktober dem Sejm das Budget vorgelegt werden soll. Wurde uns aber ein solches Budget vorgelegt? Uns wurde ein kurzer Ziffernansatz unterbreitet, der nicht die Möglichkeit gibt, die Einzelheiten der Politik der Regierung zu prüfen. Dieser Ansatz ist jedoch von solcher Art, daß er uns die Möglichkeit gibt zu erklären, daß die beabsichtigte Sanierung der polnischen Finanzen auf Kosten der hilflosen Klassen durchgeföhrt werden soll.“

Es wird gesagt, die nationale Mehrheit hat ein in Einklang mit dem Budget dem Sejm vorgelegt. Ihr habt die Einnahmen zu behaupten, daß ihr die Mehrheit der Nation repräsentiert? Zur Durchführung der Wahl der antiseimischen „nationalen“ Wähler haben alle Banken, alle Industriellen Beiträge zahlen müssen. Ihr steht auf diesen Banken dank dem Geld der polnischen, deutschen und jüdischen Kapitalisten.

Herr Rudzinski hat eine Wahrheit ausgesprochen, als er sagte, daß man den Staatsbankrott nur dann sanieren kann, wenn man das Vertrauen des Landes besitzt. Wie haben Sie das Vertrauen der Bevölkerung? Sie heften das Vertrauen der wenigen Abgeordneten, die für das Geld der Industriellen in den Sejm entsandt wurden. Sie heften eine Handvoll bewaffneter Jüdischer. Wer steht hinter Ihnen? Sämtliche Männer, wie der Abg. Bort, der Herr Rinderbrun der Partei der Arbeiter, steht auf einer von ihm ein zu neuen Personalausweis nicht eine einzige Stimme, die sich für die Regierung erklärt hätte. Wer steht hinter Ihnen? Sie selbst haben ja kein Vertrauen zu sich selbst! Vor fünf Monaten, als die „nationalen“ Regierung geformt wurde, haben wir hier ganz andere Gesichter gesehen. Wo sind sie hingekommen? Warum sind sie zurückgekehrt? Der Sejm hat sie nicht gekürzt und trotzdem sind sie gekommen. Sie selbst, meine Herren, haben sich täglich das Mißtrauensvotum, und wärfeln sich in der Regierung ab, wie nach seiner Regierung sich gebührt hat.

Herr Rudzinski trat mit dem Programm in das Kabinett ein, eine Auslandsanleihe aufzunehmen. Herr Rudzinski, der wiederholt die Notwendigkeit der Aufnahme dieser Anleihe betonte, erklärt heute das Gegenteil. Er sagte: die Verhandlungen in der Angelegenheit der Anleihe für die Emissionsbank sind ergebnislos beendet, die Verhandlungen über die Aufnahme einer Konsumtionsanleihe werden in kürzester Zeit beendet und unterzeichnet. Er stellte sich heraus, daß auch diese Erklärung nicht der Tatsache entspricht. Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder führt Herr Rudzinski die öffentliche Meinung absichtlich irre — dann darf er nicht mehr auf der Regierungsbank sitzen, sondern muß seinen zahlreichen Kollegen folgen — oder er lügt sich. Auch in diesem zweiten Falle darf Herr Rudzinski hier nicht sitzen. Wer den Posten eines Finanzministers bekleidet, muß für solche Fortschritte bürgen können, daß er zurückeritt. Herr Rudzinski ist jedoch weiterhin auf seinem Posten und verzweifelt hier alle Wahrheit, daß es gefährlich ist, einem Unbekannten in einer kritischen Augenblick Geld zu leihen. Um diese Wahrheit zu erfahren braucht es keine sozialistischen Weisen nach dem Westen! Da braucht nur jemand, von uns befragt zu werden, und wir hätten ihm die Finanzwirtschaft vorher ganz kostenlos vorgelesen!

So schrien Ausbrüchen brandmarkte Abg. Sulawski die Schuld der Regierung an der gegenwärtigen Finanzkatastrophe und verlas zum Schluß seiner Ausführungen die Resolution der Polnischen Sozialistischen Partei, in der die Regierung zum Rücktritt aufgefordert wird.

Das Bodenreformgesetz — ein neuer Anschlag auf das Deutschtum!

In der Sitzung der Agrarkommission vom 5. November hat der Vertreter der deutschen Fraktion, Abgeordneter Sommer, folgende Stellungnahme verlesen:

Schon bei der Aussprache über Art. I. D. des Gesetzes über die Agrarreform habe ich darauf hingewiesen, daß es sich dort um Ausnahmeverordnungen gehandelt über der deutschen Bevölkerung handelt. Diese Vorschriften erfüllen noch eine wesentliche Verschärfung durch die Bestimmungen in den Art. 2 und 3 insbesondere, als die dort vorgezeichneten Milderungen und Ausnahmen bei den zum Zwangsverkauf bestimmten Grundstücken des Art. I. D. nicht Platz greifen sollen. Das aber sind gerade die vielen tausend Grundstücke, die sich in der Hand deutschstämmiger Besitzer befinden — Art. I. D. b und c — denen gegenüber kommen die in Art. I. D. unter a und d genannten Grundstücke kaum auf.

Art. 8, B. 3) steht in Verbindung mit Art. 2 ganz ausdrücklich vor, daß eine etwaige Vergrößerung des dem bisherigen Besitzer zu belassenden Restgrundstückes bei dem zum Zwangsverkauf bestimmten Grundstücken ausgeschlossen sein soll; ja bei Zwangsversteigerung dieser Grundstücke soll dem alten Besitzer auch nicht die kleinste Restparzelle belassen werden, d. h. es sollen in irgendeinem Gegenstand den sozialen Grundgedanken einer gesunden Agrarreform Tausende von kaiserlichen Wirten ihrer Existenz beraubt werden. So ist auch in diesem Gesetz wieder die Politik des Hais und der Wergeltung für Maßnahmen aus preussischer Zeit hergetragen worden. Es handelt sich gar nicht um die Durchführung einer Agrarreform, sondern darum — und das ist ja in den Kommissionsverhandlungen ganz unverhüllt erklärt worden —

mit Hilfe des Gesetzes die Entdeutschung des Landes herbeizuführen.

Unter diesen Umständen muß ich im Namen und Auftrag der deutschen Fraktion folgende Stellungnahme präzisieren:

Das Gesetz vom 14. Juli 1920 ermöglichte es, eine bestimmte Gruppe von Ansiedlern im ehem. preuß. Teilgebiet unter Annulierung der von ihnen geschlossenen Renten- und Pachtverträge von ihren Stellen zu entfernen. Am 10. September d. J. hat das Oberste Schiebsgericht im Haag ein Gutachten dahin abgegeben, daß jenes Gesetz nicht den von Polen zum Schutze der völkischen Minderheiten eingegangenen internationalen Verpflichtungen entspricht, und daß das Gesetz deshalb der Rechtskraft entbehrt.

In dem Gutachten heißt es: „Die Tatsache, daß in dem Text des Gesetzes vom 14. Juli 1920 keine Sonderbehandlung eines Volkstums zum Ausdruck gebracht ist, und daß das Gesetz in einigen Einzelfällen auch auf nichtdeutsche polnische Staatsangehörige anwendbar ist, die ihre Güter von deutschstämmigen Ansiedlern erworben haben, ist ohne wesentliche Bedeutung. Der entscheidende und grundlegende Punkt im vorliegenden Falle ist die Tatsache, daß die Personen, deren Recht jetzt strittig ist, im ganzen deutschstämmige Personen sind, die sich auf den fraglichen Gütern nach Maßgabe des preussischen Gesetzes von 1886 und der folgenden gesetzgeberischen Maßnahmen auf Grund von Verträgen mit dem Preussischen Staat niedergelassen haben.“ Und weiter: „Die Durchführung des Gesetzes vom 14. Juli 1920 würde bewirken, daß das vernichtet wird, was früher geschaffen wurde, nämlich insofern, als das an die Ansiedler gestellte Verlangen, ihr Heim zu verlassen, eine Entdeutschung zur Folge haben würde. Eine solche Maßnahme ist aber, obwohl sie begreiflich sein mag, gerade das, was der Minderheitenvertrag seiner Absicht nach verhüten sollte.“

Dieses Gutachten hat sich der Völkerbundrat in seiner Sitzung vom 27. September 1923 einstimmig vollinhaltlich zu eigen gemacht. An die polnische Regierung aber hat er das Ersuchen gerichtet, ihm bis zu seinem nächsten Zusammentritt — 3. Dezember 1923 — einen Plan für die Durchführung seiner Entscheidung vorzulegen, d. h. der Völkerbund erwartet Vorschläge für die Restitutions- und Entschädigungs- der unrechtmäßig erworbenen Ansiedler.

Und die polnische Antwort auf dieses Begehren ist die Gesetzesvorlage über die Agrarreform, die in ihren einschneidendsten Bestimmungen aus antidentschen Tendenzen das vernichten will, was früher geschaffen wurde, — die denkbar brutalste gesetzgeberische Maßnahme zur Entdeutschung des Landes!

Art. 1 bestimmt unter a, b und c für den Zwangsankauf diejenigen Grundstücke, deren Besitzer freiwillig Grund und Boden zum Zwecke einer Siedlung verkauft haben, die sich nach dem Willen der Teilungsmächte gegen die polnische Bevölkerung richtete; weiter diejenigen Grundstücke, deren Eigentümer, Erblasse oder Schenker sie von den Teilungsmächten unter Bedingungen und Vorbehalten erworben haben, die eine gegen die polnische Bevölkerung gerichtete Politik sichern sollten.

Diese Bestimmungen erfahren eine wesentliche Verschärfung dadurch, daß gerade nur die zum Zwangsankauf vorgesehenen Grundstücke in ihrem vollen Außenumsfange dem Eigentümer fortgenommen werden. Man will also die neu taufenden arbeitssamer deutscher Bauern, die auf

diesen Grundstücken sitzen, kurzer Hand um ihre Existenz bringen! Eine Grundtendenz, der es durchaus entspricht, daß die in den folgenden Artikeln zu Gunsten der alten Grundstücksbesitzer vorgesehenen Vergünstigungen und Milderungen für jene Gruppe deutschstämmiger Grundbesitzer keine Geltung haben sollen.

Es handelt sich also um ein Gesetz, das in seiner antidentschen Tendenz weit über das Gesetz vom 14. Juli 1920 hinausgeht. Wenn nach der Entscheidung des Völkerbundrats schon das Gesetz vom 14. Juli 1920 nicht den Verpflichtungen entspricht, die der polnische Staat zum Schutze der völkischen Minderheiten übernommen hat, so schlägt der Agrargesetzentwurf den internationalen Verpflichtungen zum Schutze der völkischen Minderheiten geradezu ins Gesicht.

Im Namen unserer Wähler legen wir gegen die beabsichtigten Bestimmungen im Agrargesetzentwurf förmlichen Protest ein. Wir erwarten aufs bestimmteste, daß jene Bestimmungen von der Agrarkommission beseitigt werden.

Massenverurteilungen evangelischer Geistlicher durch die Franzosen.

Von dem französischen Polizeigericht Essen wurde Pfarrer Seiler, Leiter des Rheinischen Evangelischen Presseverbandes, eines völlig unpolitischen Unternehmens, unter der Anklage antifranzösischer Propaganda zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 500 Goldmark verurteilt.

Die Pastoren Lindemann und Kaner, die verurteilt hatten, durch die Ruhr ins unbesetzte Gebiet zu gelangen, wurden vom Militärpolizeigericht Bitten zu je drei Monaten Gefängnis und 500 Goldmark Geldstrafe verurteilt.

Pfarrer Hark in Biersweiler wurde verhaftet und in das Gefängnis nach Trier abgeführt, weil er vor acht Monaten (!) in einer Sitzung des Presbyteriums vor dem Anlauf von Holz gewarnt hatte, das von den Franzosen beschlagnahmt worden war.

Pfarrer Grünher aus Kirchberg wurde ausgewiesen, weil er antifranzösische Propaganda getrieben und für die Rhein- und Ruhrhilfe gesammelt haben soll.

Die Oberin des Magdalenenums „Bethesda“ in Boppard mußte Boppard binnen einer Frist von 1 1/2 Stunden verlassen; die Anstalt wurde geschlossen und für Zwecke der französischen Heeresverwaltung beschlagnahmt.

Eine „Selbentat“ der Sonderbündler.

Aus Köln wird gemeldet: Wie aus Trier berichtet wurde, ist ein 17-jähriger junger Mann, der Plafate ausliefe, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, dem Reich die Treue zu halten, von den Sonderbündlern standrechtlich erschossen worden.

Um die Abriistung zur See.

Genf, 8. November. (Pat.) Das Sekretariat des Völkerbundes hat zu der am 21. Januar nächsten Jahres in Genf stattfindenden Konferenz in Sachen der Abriistung zur See folgende Staaten zur Teilnahme eingeladen, die das Washingtoner Abkommen nicht unterschrieben haben: Chile, Argentinien, Dänemark, Griechenland, Norwegen, Holland, Rußland und die Türkei.

leuchteten förmlich verklärt, als er die Photographien Ruths betrachtete, die ihm Ellen gereicht hatte.

„Baroness Ruth ist wunderschön!“ meinte Isabella, „und ich bedaure sehr, daß ich jetzt auf ein Wiedersehen mit ihr verzichten muß.“ Sie erhob sich, ihr Gatte folgte ihrem Beispiel, und in verbindlicher Weise verabschiedeten sie sich.

Schweren Herzens nur hatte sich Klaus zu dem nötigen Gegenbesuch entschlossen, und war froh, als er das überstanden hatte!

Halte James Lobbbecke aber gehofft, daß sich nur ein reger Verkehr zwischen Birkenfelde und Althof entwickeln würde, so sah er sich enttäuscht.

Baron Wallbrunn hielt sich sehr zurück. Er hatte auch guten Grund dazu; seine Frau war leidend, und ihr jetziger Zustand erforderte größte Schonung. Aber ihre Freude, dem Gatten ein Kind — vielleicht gar einen Sohn — zu schenken, war übergroß, und ließ sie alle Beschwerden geduldig tragen, förmlich verklärt ging sie einher.

Im November war es ihr dann vergönnt, den ersten Schrei ihres Kindes zu hören — und dieser Augenblick ließ sie alle Schmerzen und Leiden vergessen.

Tief gerührt kniete Klaus vor ihrem Bett und küßte ihr wieder und wieder die blauen Hände, immer von neuem mußte er sie versichern, wie sehr er sich über seinen Sohn freute!

Aber Ellen mußte lange liegen; sie war beängstigend schwach.

Als Ellen Besuch annehmen durfte, ließ sich Frau Isabella Lobbbecke bei ihr melden. Sie brachte einen großen Strauß Veilchen mit.

„Die ersten Frühlingskinder, liebe Baronin! Sie sollen Ihnen den Lenz künden, der nun bald seinen Einzug hält.“

Mitleidig ruhten die Blicke der schönen, eleganten Frau auf der jungen Mutter, die so kinderhaft zart und gebrechlich in ihrem großen Stuhl saß, den man ans Fenster geschoben hatte, damit sie in der Sonne saß.

Kurze politische Meldungen.

Der König von Schweden hat gestern London verlassen und sich nach Scheersee begeben, von wo aus er die Rückreise nach Stockholm antreten wird.

Gestern fand in London die Beerdigung von Lord Sams statt, die sich zu einer großen nationalen Feier gestaltete. An dem Beerdigungsantritt nahmen Vertreter der höchsten politischen Kreise Englands teil.

Lokales.

2003, den 9. November 1923.

Stadtratssitzung vom 8. November.

Protest gegen die übermäßige Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises.

Vorhergehender Bericht gedankt eingangs der Ereignisse der letzten Tage, die einen Beweis dafür bildeten, daß wir schreckliche Augenblicke durchleben. Man müsse zu arbeiten versuchen, um sich vor der drohenden Katastrophe zu retten. Redner unterbricht zum Zeichen der Trauer um die Vorfälle in Krakau die Sitzung auf 5 Minuten.

Hierauf wurden vom Sekretär die Dringlichkeitsanträge in Sachen der letzten Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises verlesen. Der Magistrat wurde förmlich mit Dringlichkeitsanträgen und Interpellationen überschüttet, die am Schluß der Sitzung zur Besprechung gelangen sollten.

Bei den Mitteilungen wurde auch eine Erklärung der Fraktion der Polnischen Sozialistischen Partei verlesen, in der sie bekannt gibt, daß sie im Hinblick auf die Verlegung der Geschäftsordnung durch die Mehrheit und die Ausschließung des Stadts. Nowicki für 3 Sitzungen zur Sitzung nicht erschienen sei. Vorhergehender Bericht sucht die ihm gemachten Vorwürfe zu rechtfertigen und die Stadts. Nowicki-Verhinderung mit Stimmenmehrheit, aber diese Angelegenheit nicht zu diskutieren.

Hierauf wurden die Wahlen von Mitgliedern für die einzelnen Kommissionen vorgenommen und die Erhöhung der Gebühren von Konzeptionsbüros sowie der Haussteuer beschlossen. Eine längere Aussprache rief die Angelegenheit der Ueberweisung von Geld an die Bildungsabteilung zum Anlauf von Kleidung und Schuhwerk für die Volksschulkinder hervor. Die Kommission schlug 600 Millionen vor, während andere Redner 3 Milliarden verlangten. Zum Schluß wurde der Antrag der Kommission angenommen. Ebenso wurde beschlossen, der Handwerker-„Reserve“ eine Unterstufung in Höhe von 100 Mill. Mk. und dem Volkstheater eine solche von 40 Mill. Mk. zu überweisen, welche Beträge allmonatlich erhöht werden sollen.

In den Dringlichkeitsanträgen suchte der Magistrat um Erhöhung der Gaspreise nach, was auch beschlossen wurde. Gleichzeitig wurde der Magistrat ermächtigt, diese Preise im Bedarfsfalle weiter zu erhöhen.

Anschließend gelangten drei Dringlichkeitsanträge in Sachen des Straßenbahnfahrpreises zur Besprechung. Es ergliffen die Stadts. Nowicki, Nowicki, Buto und Dr. Schweig das Wort. Stadts. Nowicki wies an Hand von Zahlenmaterial nach, daß dieser Tarif die Straßenbahn dem Ruin entgegenführe. Es wurde einstimmig beschlossen, gegen diesen Fahrpreis zu protestieren.

Sieh nicht aus nach dem Entfernen,
Was die nah' liegt, mußt du tun;
Säen mußt du, willst du ernten.
Nur die fleißige Hand wird ruhn.

S. Pitta.

Stolze Herzen.

Roman von Fr. Lehne.

(31. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Danke, meiner Schwester geht es gut. Sie ist in Berlin und studiert.“

„Studiert?“

„Allerdings! Meine Schwester studiert Musik. Sie hofft auf ein Engagement an der Frankfurter Oper,“ entgegnete Klaus ruhig. Er wollte kein Hehl aus der Sache machen, die man über kurz oder lang doch erfahren würde.

James war so erstaunt über diese Mitteilung, daß ihm die Worte fehlten.

„Ah, das ist ja riesig interessant!“ rief Isabella. „Sie waren aber damals sehr dagegen,“ als Sie Adele Wohrmann und mir von der Neigung der Baroness erzählten — sie wollten Ihr kleines Singvögelchen doch so gern für sich behalten.“

„Ich denke heute noch genau so, gnädige Frau. Glauben Sie, es sei mir leicht geworden, diesen Entschluß meiner Schwester gutaubeißen? Doch sie hat einen festen Willen, gegen den nicht anzukämpfen ist!“

„Ist Baroness Ruth schon einmal aufgetreten?“ fragte Isabella.

„Schon verschiedentlich, gnädige Frau. Und alle Kritiken ohne Ausnahme sprechen ihr ein ungewöhnliches Lob zu.“

„Ihre Stimme ist wundervoll,“ sagte Ellen; „nie habe ich etwas so Schönes gehört! Und einen Mut hat sie durch ihr erstes Auftreten bewiesen, das ganz zufällig kam.“

„Das ist ja fabelhaft!“ bemerkte James. Seine Stimme zitterte ein wenig vor Erregung, und seine Augen

„Darf ich das Kind sehen?“ fragte Isabella.

„Klein Klaus schläft jetzt!“

„Schade, ich hätte ihn gern bewundert.“

„Wenn ich Sie dann zu ihm bemühen darf?“

„Aber gern gehe ich mit!“

Das Kinderzimmer befand sich neben dem Schlafzimmer, dessen halb geöffnete Tür einen Blick hinein gestattete. Isabella überließ es sich, als sie in den einfachen, schmucklosen, aber sehr großen, lustigen Raum sah — schnell wandte sie sich ab, wie auf etwas Verbotenem ertappt.

Und da — sein Kind! Friedlich lag es in seinem Körbchen, die Füßchen an die Wangen gepreßt; die Amme saß daneben, sorglich seinen Schlummer bewachend.

Mit unbeschreiblichem Gefühl betrachtete Isabella den Knaben, während Ellen in grenzenloser Liebe sich über ihn neigte; das Mutterglück verklärte sie wunderbar.

Jetzt regte sich der Kleine, er schlug die Augen auf und verzog ängstlich das Gesicht, als ob er weinen wollte. Besorgt nahm ihn Ellen hoch. „Du, du — nicht weinen! Wir tun dir ja nichts! Wir wollen Klaus nur bewundern und uns freuen, wie groß er schon geworden ist.“

Voller Mutterstolz hielt sie ihrem Besuch das Kind entgegen.

„Sehen Sie, wie schwer er ist! Man verbietet mir, ihn selbst zu tragen.“

Isabella nahm ihr das Kind ab. „Ja, so groß und so dick schon — und doch erst ein Vierteljahr alt.“

Ihr Herz klopfte, und ein seltsames Gefühl ließ sie erheben, als sie das kleine, zappelnde, warme Ding auf ihrem Arme hielt. Sie hätte weinen mögen.

„Möchten Sie nicht auch ein so herziges Wesen Ihr eigen nennen, Frau Lobbbecke?“ fragte Ellen mit ihrer sanften Stimme.

„Nein!“ entgegnete die andere fast rauh, „ich habe nicht den Wunsch — nie!“

Verwundert sah Ellen auf sie, befremdet von der Art Isabellas, die sie nicht verstehen konnte.

(Fortsetzung folgt).

Bau von Wohnhäusern durch die Banken. Dem Lodzer Magistrat zur Nachahmung empfohlen.

Der Krakauer Magistrat veröffentlicht nach-
stehende Rundmachung:

Gemäß Art. 5 des Gesetzes vom 24. April 1922
betreffend den Ausbau der Städte sind sämtliche Banken,
Geldinstitute, beziehungsweise deren Zweigniederlassungen,
die nach dem 1. Januar 1918 gegründet wurden, bew.
ihre Tätigkeit begonnen haben, verpflichtet, längstens binnen
zwei Jahren mit dem Bau von wenigstens einem Wohn-
hause in der Größe der von ihnen besetzten Räumlich-
keiten zu beginnen und innerhalb von 2 Jahren, vom
Baubeginn gerechnet, den Bau zu beenden. Wenn es
aus finanziellen, beziehungsweise technischen Gründen nicht
zweckmäßig ist, ein besonderes Wohnhaus aufzubauen,
können sich mehrere Unternehmungen zu diesem Zwecke ver-
einigen.

Sollten die erwähnten Geldinstitute bis zum 20. Ok-
tober 1924 mit dem Bau nicht begonnen oder bis 20. Ok-
tober 1926 den Bau nicht zu Ende geführt haben, so ist
der Magistrat berechtigt, den sämtlichen Unternehmungen
im Sinne des Art. 19 des zitierten Gesetzes den Miet-
zins bis auf das Hundertsache zu kürzen. Diese Bestim-
mungen beziehen sich nicht auf solche Unternehmungen, die
nach dem 1. Januar 1918 Räumlichkeiten für ihren Be-
darf aufgebaut haben.

Wie der Winter wird. — Nicht immer stimmen,
wenn es sich um Wettervorhersagen handelt, die Gelehrten
und die Bauernregeln überein, noch weniger vermag sich
der hundertjährige Kalender zu rühmen, sich mit diesen
bekannten Wetterregeln in Übereinstimmung zu bringen.
Aber es ist auffallend, daß für diesen Winter sowohl die
Vergleiche im hundertjährigen Kalender, die Bauernregeln
als schließlich sogar die Gelehrten das gleiche Wetter ver-
sanden. Demnach müßte man annehmen, daß dieser drei-
fache Bund sich nicht täuschen kann und es endlich einmal
eine richtige Wetterprognose gibt. Es soll einen kurzen
Winter geben, der sehr streng Ende Dezember wird, bis
Ende Januar anhält, im Februar nachläßt und einen
frühen und schönen Frühling im Gefolge hat. Im No-
vember soll eine allmähliche Abkühlung eintreten, doch soll
das Wetter weiter schön bleiben, bei vielfach klarem Himmel.

Den Instanzenweg einhalten! Da die meisten
öffentlichen Institutionen und Privatpersonen ihre Gesuche
um staatliche Unterstüzungen direkt an das Ministerium
für Arbeit und soziale Fürsorge richten, ohne sich vorher
an die zuständigen Wojewodschaftsämtern zu wenden, teilt das
Arbeitsministerium mit, daß alle Gesuche um staatliche
Unterstützungen zunächst bei Wojewodschaftsämtern unter-
breitet werden müssen, welche sie dann an das Ministerium
für Arbeit und soziale Fürsorge weiterleitet.

Neue Krankenheilgebühren. Vom 1. Novem-
ber ab sind für die Verpflegung und Behandlung von
Kranken zu zahlen: Im polnischen Krankenhaus und
im Hause der Warmherzigkeit 520 000 M. bei inneren und
582 000 M. bei chirurgischen Krankheiten; für die Behand-
lung eines Kindes im Anna-Marien-Krankenhaus 384 000
bis 430 000 M., im Wöchnerinnenheim 582 000 M., im
Hause der Warmherzigkeit für die Behandlung eines Epilep-
tikers 100 000 M., für die Behandlung eines Geistes-
kranken in Koszanowka 520 000 M. täglich. Die Gebühr
für die Behandlung eines Kranken in den städtischen Kran-
kenhäusern beträgt bei inneren Krankheiten 520 000 M.,
bei chirurgischen Krankheiten 582 000 M. täglich.

bip. Der Streik der Krankenkassenärzte und
die Arbeiterverbände. Im Zusammenhang mit dem
Ausstand der Krankenkassenärzte erklärte der Vertreter des
„Praca“-Verbandes, Herr Kozłowski, er sei der Ansicht,
daß die Krankenkassenärzte ganz gleich, ob ihre Forde-
rungen gerecht sind oder nicht, nicht in den Ausstand
hätten treten sollen, da ein solcher Streik für die Arbeiter
äußerst nachteilige Folgen haben könne. Die gleiche Ansicht
äußerte der Vorsitzende des Klassenverbandes.

Ein Generalstreik für das Mieterschutzge-
setz. In der gestrigen Notiz unter diesem Titel ist ein
Fehler unterlaufen, der den Sinn derselben völlig entstellt
hat. Der Schluss dieser Notiz muß natürlich lauten: Wenn
der Sejm die Angelegenheit zuzunehmen in der Mieter-
entscheidungen sollte, würde der Mieterschutzverband durch einen
Generalstreik der Fachverbände unterstützt werden.

pap. Den Metallarbeitern wurde mit dem
Tage der Wiederaufnahme der Arbeit eine 178prozentige
und vom 5. November ab, eine weitere 25proz. Lohner-
höhung bewilligt.

bip. Zucker. Für die Handelsabteilung des Ma-
gistrats sind 5 Waggons Zucker eingetroffen. Der Zucker
wird zu 260 000 M. für das Rilo-Werkszucker und zu
205 000 M. für Jaroslawer verkauft werden.

bip. Billiges Brot. Die Handelsabteilung des
Magistrats wird in den nächsten Tagen 6 Waggons bil-
ligen Roggenmehls unter diejenigen Kooperativen verteilen,
die eigene Bäckereien besitzen. Das aus diesem Mehl
hergestellte Brot wird 30 Prozent billiger sein als das
gewöhnliche Brot.

bip. Kohlen. Gestern sind in Lodz für die Handels-
abteilung des Magistrats 8 Waggons Kohle eingetroffen.
Der Preis beträgt 950 000 M. für den Korzec-Wärfel,
und 900 000—820 000 M. für Aufkohl.

bip. Die Schweinefleischpreise wurden um zehn
Prozent erhöht. Ein Kilogramm Schweinefleisch mit Zu-
lage kostet 240 000 M., Kotelett und Ballaron 240 000
Mark, Speck und Schmeer 400 000 M., Bratenfleisch
340 000 M., Krakauer Würst 380 000 M., geräucherter
Speck 380 000 M., gefochter Schinken 500 000 M.

bip. Lebensmittel für arme Kinder. Die
Magistratsabteilung für soziale Fürsorge erhielt vom
polnisch-amerikanischen Komitee für Kinderhilfe 5 Wag-
gons Lebensmittel. Gegenwärtig sind in Lodz 3 billige
Küchen tätig, die täglich 6000 armen Kindern Mittagessen
verabfolgen.

Die Schulden der Stadt Lodz sind in der
Zeit vom 1. Juli bis 30. September um 4 975 000 000
M. gewachsen, wovon 1 475 000 000 auf eine Anleihe zu
Schulbauzwecken und 3 500 000 000 M. auf eine kurzfr-
istige Anleihe zur Deckung des Verwaltungsbedarfs entfallen.
Der Magistrat veranschlagte in dieser Zeit: für den Bau
von Volksschulen 6 862 386 184, für die Bauabteilung
1 047 449 545 M., für die Gesundheitsabteilung
1 052 991 691 M., für die Wirtschaftsabteilung 181 266 760
M., zusammen also 9 144 104 120 M. Wie aus diesen
Anzahlen hervorgeht, betragen die Ausgaben der Stadt
4 169 104 120 M. mehr als die aufgenommenen Anleihen.

Zur Bekämpfung des Typhus. Die Magistrats-
abteilung für öffentliche Gesundheit beschloß angesichts der
herrschenden Unterleibstypheusepidemie, im Sanitätsauf-
sichtsamte außer den bereits an-gestellten 7 Sanitätskon-
sultanten noch 7 weitere Sanitäte anzustellen.

Achte auf die Sauberkeit im Hofe! Es herrscht Typhus in Lodz!

bip. Jede Woche Stadtratssitzung. Auf Beschluß
des Stadtratsbüros wird in Zukunft jede Woche eine
Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stattfinden. Diese
Maßnahme wurde getroffen, um die Tagesordnungen der
Stadtratssitzungen zu kürzen und die Sitzungen eher schließen
zu können.

Bildungsclub. Beim Bildungslichtspieltheater soll
ein Bildungsclub ins Leben gerufen werden. In diesem
Club wird eine Bibliothek und eine Lesehalle für Erwach-
sene untergebracht werden.

bip. Unterstützung der Reservistenfamilien.
Am Montag beginnt die Magistratsabteilung für soziale
Fürsorge mit der Auszahlung von Unterstüzungen an die
Familien der zu den Waffenübungen eingezogenen Reser-
visten des Jahrgangs 1898. Die Unterstüzungen werden
nur solchen Personen ausbezahlt, die in keinerlei Unterneh-
men beschäftigt sind. Die Höhe der Unterstüzungen wurden
noch nicht festgesetzt. Vorläufig wird jeder Familie als
Vorschuß 800 000 Mark für den Tag ausbezahlt. Dem
Gesuch um Unterstüzungen ist eine Bescheinigung der For-
mation, in der der Reservist dient, sowie eine Bescheinigung
des Hausbesizers, daß die Frau des Reservisten ihren Un-
terhalt nicht verdient, beizufügen.

Ein Komitee zum Schutz der städtischen
Anlagen soll gebildet werden, zu dem Vertreter des
Gärtnerverbandes, Baumeister und Gartenliebhaber gehören
werden.

Endlich. Der Vorsitzende der Bauabteilung, Schöffe
Sag. Jolliński, rief mehrere fliegende Abteilungen ins
Leben, deren Aufgabe es sein wird, das Straßenpflaster
auszubessern. Diese Abteilungen sind bereits unter der
Leitung von Fachleuten zur Ausbesserung verschiedener
Straßen geschritten. Gegenwärtig wird das Pflaster der
Kajna-Straße ausgebessert.

Das städtische Museum wird in Zukunft mit
Ausnahme der Montage täglich von 10 bis 2 Uhr mittags
und von 3 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet sein. Eine
Eintrittskarte kostet 10 000 M., für Schüler 5000 Mark.
Vollschüler, die das Museum unter der Leitung eines
Lehrers besuchen, brauchen gemeinsam nur eine Eintritts-
karte für 10 000 M. zu lösen. Die Sammlungen des
Museums sollen jetzt wissenschaftlich aufgenommen werden.

pap. 3 Jahre Gefängnis für jugendliche
Kommunisten. Das Bezirksgericht verurteilte dieser
Tage gegen Sjaia Fjazel Berner und Herzog Leczek, die
angeklagt waren, der kommunistischen Partei anzugehö-
ren. Am 12. Mai d. J. hatte nämlich der Polizeioffizier
Jozinski bemerkt, wie beide zwei größere Pakete mit sich
führten. Da er einen von ihnen als Kommunisten kannte,
nahm er sie fest und es stellte sich heraus, daß in den
Paketen gegen 40 000 Stück Wahlzettel der Liste Nr. 5
enthalten waren. Außerdem wurde in der Wohnung des
Leczek eine größere Menge Wahlzettel gefunden. Die
Angeklagten bekannten sich nicht zur Schuld, dies damit
begründend, daß die Wahlzettel Nr. 5 zu der Zeit, als sie
die Stimmzettel bei sich führten, noch gesetzlich war. Auch
die Verteidiger wiesen darauf hin, daß auf Grund von
Wahlzetteln keine Anklage erhoben werden könne, und an-
dere kommunistische Literatur sei bei ihnen nicht gefunden
worden. Dessenungeachtet verurteilte das Gericht die An-
geklagten zum Verlust der Rechte und zu 3 Jahren Ge-
fängnis.

bip. Eine Leiche ohne Kopf. Mittwoch abend
bemerkte der Bahnwärter der Eisenbahnstation in Zgierz
auf dem Bahndamme die Leiche eines Mannes, dem der
Kopf fehlte. Wie die Polizei anhand der bei dem Toten
vorgefundenen Personalausweise feststellte, handelt es sich
um einen gewissen Josef Blaszczyk aus Alexandrow.

pap. Verunglückt. In der Fabrik der Widzemer
Baumwollmanufaktur verunglückten folgende Arbeiter und
Arbeiterinnen bei der Arbeit: Helena Dem. Koliczka 57,
Franziska Gosczyńska, Napierkowski 180 und Antoni
Mabalski, Koliczka 37.

pap. Nach der Vater... Der Pansa 37 wohn-
haften Bronisława wurden von ihrem Vater aus der
Wohnung verschiedene Kleiderstücke im Werte von 85
Millionen Mark gestohlen.

Kunst und Wissen.

Die Not der deutschen Geistesarbeiter. Der
Dichter Hans Heinrich Ehrler ist als fünfzigjähriger
Bürogehilfe in einer Fabrik geworden.

Ein wichtiger vorgeschichtlicher Fund in
Kalifornien. Die Expedition des Smithsonian Instituts
in Südkalifornien hat, wie aus New-York berichtet wird,
bei Santa Barbara eine außerordentlich wichtige anthro-
pologische Entdeckung gemacht, die auf die Entwicklung der
Menschenrasse in der Urzeit neues Licht wirft. Es wurden
zwei Schädel gefunden, die einer Menschenrasse angehören,
die weit älter sein soll als der Neandertaler. Die Schädel
zeigen sehr primitive Formen besonders in der niedrigen
Stirnform und der starken Vornäse der oberen
Knochen der Augenhöhlen. Mit den Schädeln zusammen
wurden grobe Werkzeuge gefunden. Keulen: Angelhaken
und andere Gegenstände, deren Zweck noch nicht aufge-
klärt ist.

Sexualprobleme. Uns wird geschrieben: In
Dresden wurde ein wissenschaftlicher Verband zur Erfor-
schung kulturhistorischer, sexualphysiologischer und sozial-
istischer Probleme gebildet unter der Führung des Ehren-
präsidenten Professor Max Fleck von der Kunstakademie
in Dresden und des 1. Vorsitzenden, dem bekannten Jach-
arzt für Psychiatrie Dr. med. Pfan in Berlin. Der
Verband ist eine Vereinigung von durch Bildung und
Beruf qualifizierten, ernsthaften und gereiften Interessenten
zum Zwecke sexualphysiologischer Erforschung aller mens-
lichen Kulturgebiete und Urtriebsprobleme unter Mitarbeit
berufener Wissenschaftler. Zur Erfüllung seines Zweckes
hat der Verband die Aufgabe, die Mitglieder mit der ein-
schlägigen Literatur vertraut zu machen und die Beschaffung
seltener Bibliothekswerte zu ermöglichen, gegebenenfalls
durch Austausch oder Zirkular. Als Verbandsorgan er-
scheint unter der Redaktion des Facharztes für Psy-
chiatrie Dr. med. Pfan und der verantwortlichen Schrift-
leitung des Redakteurs Wilhelm Heßler, Jach-
gen, die Zeitschrift „Prometheus“. Es können auch
außerhalb des Deutschen Reiches wohnende Interessenten
als Mitglieder aufgenommen werden.

Alle Anfragen sind an den 2. Vorsitzenden, Volkswirt
Johannes Bipping, Dresden—Zschopau, zu richten
unter Beifügung des Kostenbetrages für Porto, Druck-
schriften und Bücherliste.

Sport.

Ein Amt für deutsche Leibesübungen im
Ausland. Das Amt für deutsche Leibesübungen im
Ausland (Berlin W. 30, Magistr. 22) ist eine zentrale
Arbeitsstelle, die sich in uneigennützigster Weise in den
Dienst der Deutschen Turn- und Sportvereine im Ausland
stellt. Das Amt will alle körperkulturellen Interessen des
Sport treibenden Auslanddeutschtums fördern und erweitern.
Durch weitgehende Propagandaaarbeit soll den fernem
Stammesbrüdern der Weg zum gemeinsamen Ziel ge-
wießen werden, auch will man ihnen dadurch die Erungen-
schaften der deutschen Sportwissenschaft und -literatur zu-
kommen lassen. In der Durchführung der deutschen Kampf-
spiele steht dem Amte eine große Aufgabe bevor. Einreise-
erleichterungen, Unterkünfte, Förderung gegenseitiger Ge-
ziehungen, sowie die Interessenvertretungen der ausland-
deutschen Sportler im Reich — das sind Dienste für das
Deutschtum im Ausland, deren Tragweite jargelt noch
nicht zu überschauen ist.

Vereine und Versammlungen.

Jahresfeier im Gesangsverein „Philadelphie“.

Am Sonntag begeht der Lodzer deutsche Gesangsverein
„Philadelphie“ ein Jahrestag. Dieser Gesangsverein
hat bereits auf ein halbes Jahrhundert seines Bestehens
zurück, jedoch wird als Gründungsjahr erst das Jahr 1876
gezählt, in welchem der Verein eine Fahne anschaffte und
damit zum ersten Mal zu einem in Lodz stattgefundenen
großen Sängerfest auszog. Gründer des Vereins waren die Her-
ren Carl Schulz, Adolf Vogel und Josef Schmidt,
die nicht mehr unter den Lebenden weilen. Herr Schulz,
der mehrere Jahre hindurch Vorstand war, gab dem Verein
den griechischen Namen „Philadelphie“ — Bruderliebe.

Diese Liebe ist in diesem Verein auch noch am heutigen Tage vorhanden. Wie in allen unseren Vereinen die Damen mit an dem Vereinsleben regen Anteil nehmen, so war es auch bei der „Philadelphie“, als es galt die erste Feste anzuschaffen. In einer Redeschrift vom 18. Juli 1876 wird den Damen Auguste Schulz, Mathilde H. H. ter. Emilie Mathes, Luise Wille und Emilie Weillfuß warmer Dank für große Geldspenden und Aufopferung der Jahre ausgedrückt.

In den 80er Jahren leiteten den Verein die Herren Franz Diesner, Friedrich Gaering und Adam Bernhardt.

Nach der Schaffung des Gesells. für Vereine und Verbände im Jahre 1906 wurde auch der Verein „Philadelphie“ von der Bezirksleiterin Sonnenmenschenbörde legalisiert und an die Spitze der Verwaltung trat Herr Friedrich Rager, der großen Eifer für den Verein an den Tag legte. Im Laufe der weiteren Jahre wurden zu Vorständen gewählt die Herren Theodor C. Morawski und Ernst Harra. Die Schaffung des schönen Vereinslokal's in der Rinkstraße 139 in welchem gegenwärtig verschiedene Vereine ihren Sitz haben, ist ein Werk des Gesangsvereins „Philadelphie“, der jetzt nur eine bescheidene Wohnung im Hause in der Glumna Straße 43 innehat.

Da die Liebe der alten Vereinsmitglieder brüderlich wurde, so gab die Verwaltung im Jahre 1914 den Beschluß, ein neues Banner anzuschaffen, was denn auch unter großem Kostenaufwand erfolgte. Es aber die Liebe dieser Kämpfer nicht hinreichte, da auch der Weltkrieg aus und der Verein seine Tätigkeit ein, die er erst im vergangenen Jahre wieder aufnahm. So lange ruhte das neue Banner, ein wahres Meisterwerk der Silberkunst auf dem und hellblauen Grunde. Jetzt erst soll es ihrem Zweck überleben werden. Am Sonntag werden sich alle Mitglieder der „Philadelphie“ um die neue Fahne, die ihre Wägen, um 8 1/2 Uhr morgens in der St. Kreuzkirche im Leben in der St. Johanniskirche einläßt, führen. Die jetzige Verwaltung des Gesangsvereins „Philadelphie“ besteht aus den Herren Friedrich Rager (Vor.), Karl Rager und Dr. Krystof (Vorstände), Güter Rohner (Schriftführer) und Adolf Poliska (Kassierer).

Wir gratulieren dem Verein zu seiner Feier und wünschen ihm ein weiteres Blühen und Gedeihen.

Die Monatsversammlung des Vereins deutscher Katholiken, die am 6. flüssigen Mittwoch in der Aula des Deutschen Gymnasiums stattfand, hatte wie üblich einen sehr fruchtbaren Verlauf und war in diesem Sinne einer sehr interessanten und wirkungsvollen Veranstaltung. Deren einen ganz besonders harmonischen Verlauf.

Nach einer einleitenden Ansprache des Vorsitzenden, Herrn R. Kilar, eröffnete den Reigen der Darbietungen das Doppelquartett des Gesangsvereins „Danisch“ durch den Vortrag zweier Himmelslieder. Der, unter der Leitung ihres Dirigenten, Herrn Stitz, brachte die mehr als eindrucksvolle eine ebensolche Leistung aus, der man wohlverdiente Anerkennung zollen mußte. Nach diesem Vortrag trat der neue Gesangsverein der deutschen Katholiken, Herr Pfarrer Weiß, das Publikum, um in einer kurzen aber herrlichen Ansprache in Fühlungnahme mit seinen Gemeindegliedern zu treten. Redner betonte die Einrichtung der Monatsversammlungen der deutschen Katholiken als eines Mittels zur Erhaltung des Zusammengehörigkeitsgefühls derselben und versprach, diesen Versammlungen seine volle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Reges Interesse rief ein Vortrag des Herrn D. Kilar hervor, der die religiösen Gedanken vom Standpunkte der praktischen Lebensführung behandelte und in dem Gedanken gipfelte, daß das Leben früher oder später jeden mit unausweichlicher Macht zur Wahrheit der Gottesebenheit hinführt. Zwei von Herrn Kilar vorgebrachte, dem Vortrag angepaßte Gedichte vervollständigten diesen auf das Treffliche.

Der Unterhaltungsstil war auch diesmal reichlich und ausnehmend. Herr Schulz bot unter kundiger Klavierbegleitung von Fr. C. Krumm ein gelungenes Mando-linensolo, Hr. Rufenach (Soloflora) und Hr. Stitz (am Klavier) saßen sich nach ihrem auf das Befalligste aufgenommenen Vortrags in einer Zigeuner-Veranstaltung, größtenteils entlehnt auch die Darbietungen des Herrn Sad-kühner (russische Romane) und Hr. Krumm (am Klavier), ferner ein Gitarrensolo des Herrn Kilar unter Solistbegleitung des Herrn Kilar. Nachdem diese kleine Rittell mit ihrem hübschen Stimmchen einige hin-dergeheile aufgeführt hatte, trug Hr. Pfaff das bekannte Wienerische Lied vor; in einer als Kunstleistung auszusprechenden Vortragsweise bestand es Hr. Pfaff den tiefen Gefühlgehalt des umfangreichen Gedichtes so lebhaft zum Ausdruck zu bringen, daß die Aufmerksamkeit des Zuhörers voll in den Bann der ergreifenden Dichtung hinein gezogen wurde.

Die Verwaltung des Sportvereins „Sturm“ beabsichtigt, den angelegten Teatrabend am Sonnabend, den 17. November, im großen Saale des Männergesangsvereins zu veranstalten. Die dramatische Sektion wird das Schauspiel in 3 Akten: „Ein glücklicher Familienvater“ von E. A. Börner auführen. Nach Erledigung des Programms — dann folgt ein Tanz- und Orchesterkonzert — wird in den Augen der künftigen Gäste gegeben werden.

Aus dem Reiche.

Semberg. Riesige Steuerhinterziehungen. Der Hof eine Kommission des Finanzministeriums, die in einer ganzen Reihe von Industrie- und Handelsfirmen die Umgehungen einer genauen Durchsicht unterzog. Die Kommission stellte riesige Steuerhinterziehungen fest 205 Kaufleuten und Industriellen, die solche Umgehungen angegeben hatten, wurde eine Nachzahlung von 3 707 807 000 Mar' auferlegt. Gegen 17 Kaufleute und Industrielle wurde ein einstweiliges Sequesterverfahren eingeleitet. 7 wurden dem Gericht übergeben.

Neue Schriften.

Frankreich — Freiheit und Gerechtigkeit. Von Heinrich Heine. Herausgegeben vom Arbeitsausschuß Deutscher Verleger, Berlin, 1923. Deutsche Verlags-Gesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. Berlin W. 8.

An Hand von Beispielen aus der Geschichte der letzten vier Jahrhunderte weist der Verfasser nach, daß es der größte Fehler ist zu glauben, Frankreich sei der Fort und Träger von Freiheit und Frieden. Dieses Volk, von dem einer seiner größten Denker, Voltaire, gesagt hat, daß es „eine grausamere Nation als die Franzosen gibt, die mehr der freierische Herrschäfte, halb Tiger, halb Fische seien“, habe sich stets durch Unerschlichkeit und Erbarmungslosigkeit gegenüber seinem dem eigenen Gegner „ausgezeichnet“. a. k.

Der eiserne Karyograph. Roman von Hans Ritschke. Angenommen. Verlag Bräuer & Spitz, Leipzig, Wien.

Von dem Verfasser des an dieser Stelle f. S. besprochenen Romans „Aus der Hölle“ liegt jetzt dieses neue Buch vor, das ein wichtiges Kulturbuch ist aus der Zeit des Kampfes für ein menschenwürdiges Erbe in Österreich und ein wahres Schicksal für die Katholiken des Erbes. Denn jedes Zeitalter durchläuft einen religiösen Primus. Früher war es der Gegenwärtige, der die Schicksale aufzulösen ließ, heute sind die in der Ungläubigen Katholiken die Opfer. Und wie damals der Jesuit Spee gegen seinen Übergläubigen antrat, so ist es heute ein anderer katholischer Priester, der Verfasser des Buches vom eiserne Karyograph, der den geschiedenen Katholiken der ganzen Welt Hilfe und Rettung bringen will trotz aller Anfeindungen.

Der Roman ist ein Kampfbuch im Kulturkampf für Menschenrecht und für die Reform des österreichischen Erbes. Man muß den Mut des Verfassers bewundern, der, obwohl er bereits die Siegel überschritten hat und der einzige Priester in diesem Kulturkampf ist, nicht davon zurückgeht, mit seiner ganzen Persönlichkeit für eine bessere Zukunft seiner Glaubensgenossen einzutreten.

Der Roman genügt den an ihn gestellten Anforderungen durchaus, denn, obwohl er ein Denkbuch ist, hält er den Leser doch bis in sein Ende. a. k.

Handel und Volkswirtschaft

Aus dem letzten Rechnungsausweis der Landesdarlehenskasse

Ist eine weitere Abnahme des Vorrats an ausländischen Valuten in Höhe von 180 000 Goldmark zu sehen. Dafür hat sich der Stand der Auslands-guthaben um 2 800 000 Goldmark vergrößert. Dieser Unterschied beträgt in polnischer Mark 1 001 Milliarden. Der Stand des Wechselportefolios beläuft sich am 20. Oktober auf 2 709 Milliarden Mark, ist also um 842 Milliarden gewachsen. Der Stand der Waren- und Darlehen wuchs am selben Tage um weitere 88 Milliarden und betrug 827 Milliarden. Die Schulden des polnischen Staates betrugen in der zweiten Dekade des Oktober 14 444 000 000 000. Der Zuwachs in den 10 Tagen macht 2 258 Milliarden aus, d. h. es wurden täglich für 226 Milliarden Banknoten gedruckt.

Der Banknotenumsatz betrug am 20. Oktober 15 764 064 005 659 Mark. Im Laufe von 10 Tagen kamen noch 2 761 Milliarden hinzu. Davon nahm der Staat 2 56 Milliarden, während der Rest zur Vergrößerung der Diskontkredite und für andere Aktiva verwandt wurde, die um 428 Milliarden wuchsen. Die Einlagen für Girorechnungen wuchsen infolge des verringerten Bargeldbedürfnisses in der Zeit vom 10. bis 20. Oktober um 1208 Milliarden.

Lip. Aktiengesellschaften und Umsatzsteuer. Wie wir erfahren, brauchen bei Aktiengesellschaften die einzelnen Teilhaber nur dann Vermögenssteuer zahlen, wenn sie eigenes Vermögen besitzen, während die auf die Aktien-gesellschaft entfallende Steuer von der Firma entrichtet werden muss.

Für die Aufhebung der Luxussteuer. Der Lodzer Verband der polnischen Kaufleute wandte sich an die Regierung mit der Bitte, das Gesetz über die Luxussteuer aufzuheben. Die Kaufleute weisen in ihrer Bittschrift darauf hin, dass die Einziehung dieser Steuer für die Kauf-

leute mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist und dass die Regierung ein besseres Ergebnis erzielen würde, wenn sie an Stelle der Luxussteuer eine Umsatzsteuer für Luxuswaren erheben würde.

Der Export nach Südslawien und Rumänien. Wie wir erfahren, hat der Verband der Exporteure der Lodzer Textilindustrie, der ermächtigt war, Bescheinigungen über den Ursprung der Waren auszustellen, dieses Recht hinsichtlich des Warenexports nach Südslawien und Rumänien der polnisch-österreichischen Handelskammer in Wien abgetreten. Kraft dieser wichtigen Entscheidung wird der Versand von Waren aus den Transit- und Verteilungslagern in Wien nach Südslawien und Rumänien erleichtert.

Ein Riesentunnel auf Neuseeland. Der Tunnel von Oira auf Neuseeland, der die Länge von 8 1/2 Kilometer hat, ist jetzt vollständig in Gebrauch genommen worden. Das Bohren des Tunnels, der die Südpolen der Insel durchdringt und die Ost- und Westküste der Südpole miteinander verbindet, bedeutet einen Markstein in der Entwicklung dieses Landes. Die Züge, die durch den Tunnel laufen, sind die ersten elektrischen Lokomotiven auf Neuseeland, und da der Anstieg, der im Tunnel zu überwinden ist, äusserst steil ist, müssen ganz besonders gebaute Maschinen verwendet werden. Der Tunnel, der in den massiven Stein hineingehauen wurde, hat eine gewaltige Arbeitsleistung erfordert.

Warschauer Börse.

Warschau, 8. November.

Valuten.		
Dollars	1750000	1700000
Kanadische Dollars	1650000	—
Franz. Franken	—	—
Tschechische Kr.	—	—
Goldbons	2380000	2500000
Goldanleihe	1580000	1800000
Goldfrank der lat.	—	—
Union	—	333000
Millionwits	—	3800-4100

Schicksal.

Belgien	86300-84000	Prag	50750-49300
Berlin	—	Schweiz	313000-301000
Danzig	—	Bukarest	—
Holland	665000-650000	Kopenhagen	—
London	780000-757500	Wien	2470-2400
New-York	1750000-1720000	Rom	77500-75500
Paris	100750-97000-95000	Christiansia	—

Zürich, 8. November. (Pat.) Anfangsnoteierungen. Berlin —, London 2507. Holland 218 —, New-York 564 —, Paris 3217, Mailand 2495, Prag 1645, Budapest 0.0306, Belgrad 650, Sofia 5.05, Bukarest 2.77, Warschau —, Wien 0.0079 1/2, Oesterr. Kr. —.

Aktien.

(Notiert in Tausenden.)

Anmerkung: Die Ziffern bei den einzelnen Notierungen bedeuten 1. Sammelstücke zu 100 Stück, 2. zu 50 Stück, 3. zu 25 und 30 Stück, 4. zu 10 Stück, 5. zu 5 Stück, 6. andere kleinere und 7. Einzelstücke.

Diskontobank	5400	Schiffahrtsges.	100-90 180
Handels- u. Ind.-Bank	1420-	Omielaw	550-725-690
1250 1350		Don. Elek.-Ges.	125-130-125
Genossenschaftsbank	800	Klucze	420 425-490
Allg. Kreditbank	40	Majewski	9000
Poln. Handelsbank	600-975	Poln. Naphtha Ind.	650
Ver. Land. Gen.	550 609	Lenartowicz	70 75-675
Landw. Verein	115-125	Puselnik	430 460-450
Handelsbank	2250-2400 2375	Spiritus	1000-1350-1300
Warsch. Kreditbank	270-290	Polnischer Lloyd	60
Westbank	6000 7000-6000	Potasswerke	2600
Kleinpoin-Bank	700-725	Spiese	525-570-540
Lomb. Ind. Bank	285-280-285	Wildt	210-275 205
Arb.-Gen.-Bank	2000	Czerak	750-1100-950
Land.-Gen.-Bank	—	8. Em.	675 800-715
Lomb. Hyp. Bank	—	Gostawice	1000-1250 1150
War. Industriebank	—	Zuckergesell.	4500-3900 4375
Lomb. Landw. Kr.-Bank	—	Lasy	95-120-105
Lods Kaufmannbank	—	Leder-Zentrale	—
Wilm. Pr. Hand.-Bank	—	Kohlengese. l.	1) 4430-4900
Cerata	90-115 115	4350, 2) 4550 4600 3) 4600	
Kijewski	2400-1950 2100	5200-4900 4) 5100 5500 5300	
Pols	215-195-200	andere	5200 5660-5300
Chodorow	2600-3050-280	Trasblala	—
„Czestochowa“	3) 11000	Norbis	1) 1050 950 1025
2000 4) u. 5) 20000 22000		2) 1200-1300 1250 andere	
20000		1200 1350 1300	
Mohatow	515 600 590	Welt	400-850
Firley	300 330-320	Poolak	390-450
Holzgesehenschaft	180 270	Budski 1) 2000 2300 2) 2200	
Cegielni	620 570 590	2400-2250 3) 2350 2200 2800	
Fitzner & Gamp	2100 2700	andere	2550 2300 2100
Lilpop	475 600-525	Zielewowski	3500-3750 3600
Modrzejow	1) 5700-250	Sp. Lem	—
6800 2) 5600 8000 7400		Zyrdarow	250000-210000
Orwein	210-360-320	Borkowski	550-365
Ostr.-Werke	11000 13000	Polba	80 90
12100		T. a. a. i. n. a.	40 45
„Strem“	12000-10500 12000	West-Gen. f. Handel	185-
Lokomotivenges.	260 310	170 160	
8. Em.	225 250	Elektrizität	1500-1700
Rohn & Zielinski	500-6 0	Kabel	400
4. Em.	500 530	Korak	80
Starachowice	2250-2505	Naphtha	175-200-180
2450		Gebr. Nobel	675 850-800
Unja	4300-4600 4300	6. Em.	750 730
Ursus	800 7-0	„Sita i Swiatlo“	340 430
Konopie	275 295	Haberbusch	4500 5100 4900
Helpol	30-55-525	Mirkow	5050-4900-5000
Jabikowscy	85-100 90	Piotno	—
Leder u. Gerberzien	95-100	Pooner Holzgen.	—

Verantwortlich für den gesamten Inhalt und den Verlag:

Hauptredakteur Adolf Kargel. — Druck und Verlag:

„Libertas“ Verlagsgesellschaft m. b. H.

